

Prof. Dr. rer. nat. Walther Kindt

Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft

Die Waffen der Kriegsrhetorik

Illegitime Argumentations- und Emotionalisierungsstrategien im Irak-Konflikt

Prof. Dr. Walther Kindt unter Mitarbeit von Dr. Swen Osterkamp und Tim Bernard

1. Die Sozialverpflichtung von Wissenschaft

Die Frage, ob ein Krieg gegen den Irak eine angemessene Handlung sei, war vor 12 Jahren schon einmal ein Thema, das die Menschen in der ganzen Welt beschäftigte. Speziell in Deutschland führte der Ausbruch des Golfkriegs Anfang des Jahres 1991 zu erregten Diskussionen über die Legitimität militärischer Gewalt. Auch an deutschen Hochschulen setzten sich damals Wissenschaftler/innen und Studierende gemeinsam mit der Kriegsproblematik auseinander. So fand z. B. an der Universität Bielefeld eine Vortragsreihe über den Golfkrieg statt, die mit den Worten angekündigt wurde: „Es steht außer Zweifel, dass die Wissenschaft in ihrer Aufklärungsfunktion und ihrer Verantwortung augenblicklich in besonderer Weise herausgefordert ist.“ Im Unterschied zur damaligen Situation hat die Anwendung militärischer Gewalt mittlerweile ein bedauerliches Maß an Normalität gewonnen; aber die Bereitschaft, sich für friedliche Mittel in der Politik zu engagieren, ist nach wie vor groß. Immerhin nahmen am 15.02.2003 weltweit über 6 Millionen Menschen an Friedensdemonstrationen teil. Auch Wissenschaftler/innen sollten der Verpflichtung nachkommen, ihre je spezifischen Erkenntnisse in die gegenwärtige Diskussion über das Thema „Krieg im Irak“ einzubringen. Da die politische Auseinandersetzung über die Kriegsfrage aber maßgeblich mit sprachlichen und logischen Mitteln von Kommunikation und Argumentation erfolgt, gilt diese Verpflichtung besonders auch für die Disziplinen „Logik“ und „Linguistik“. Nachfolgend soll deshalb eine Bestandsaufnahme aus Sicht dieser beiden Wissenschaften vorgenommen werden.

In letzter Zeit wird häufig die Meinung vertreten, der amerikanische Präsident George W. Bush werde sich so oder so nicht davon abhalten lassen, den geplanten Krieg im Irak zu führen. Insofern wäre der Versuch, mit rationalen Argumenten eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts durchzusetzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Einem solchen Einwand ist entgegen zu halten: Die Standards einer rationalen Überprüfung der konträren Positionen zum Irak-Krieg sollten so lange wie möglich praktiziert werden und darüber hinaus ist es -unabhängig von der konkreten politischen Entscheidung über Krieg oder Frieden- für ihre spätere Wertung wichtig zu klären, inwieweit sie rational begründet werden kann.

Neben der sachlogischen Frage nach der Berechtigung eines Kriegs gegen den Irak in der gegenwärtigen Situation muss auch das Problem diskutiert werden, ob die rhetorischen Mittel angemessen sind, mit denen im Rahmen der laufenden politischen Auseinandersetzung versucht wird, die öffentliche Meinung zu Gunsten der einen oder anderen Position zu beeinflussen. Und diesbezüglich zeigt sich bei einer Analyse der einschlägigen politischen Kommunikation relativ schnell, dass sowohl bei Kriegsbefürwortern wie bei Kriegsgegnern illegitime und manipulative Strategien der Meinungsmache eingesetzt werden oder sogar vorherrschen. Sich diesen Sachverhalt bewusst zu machen, ist gerade bei einer so zentralen Entscheidung wie der über Krieg oder Frieden von großer Bedeutung. Dieser Sachverhalt gibt nämlich Anlass zu fragen, von welchem Politikverständnis in unserer Gesellschaft ausgegangen wird und inwieweit Bürger/innen als politisch mündige Mitglieder eines Staats gelten. All zu oft hat man in jüngster Zeit von politischen Akteuren und professionellen Politikbeobachtern die Auffassung gehört, für ‚Normalbürger/innen‘ seien die zu erläuternden politischen Sachverhalte zu komplex und deshalb müsse man ihre Darstellung vergrößern. Genauso oft ist aber zu erkennen, dass argumentative Vereinfachungen und der Einsatz emotionalisierender rhetorischer Strategien keinen anderen Zweck haben, als die Interessegeleitetheit von politischer Kommunikation zu verschleiern. Die gravierenden negativen Folgen eines Kriegs für Tausende von Menschen lassen aber keinen Raum für eine Duldung sachfremder politischer Interessen und deshalb darf auch nicht toleriert werden, dass durch fragwürdige rhetorische Strategien Mehrheitsmeinungen zustande kommen, auf die Regierende wiederum die Legitimität ihrer Handlungen stützen.

2. Die Grundstruktur politischer Diskussionen

Ausgangspunkt einer kontroversen politischen Diskussion wie der über den Irak-Krieg ist der Umstand, dass ein zu lösendes gesellschaftliches Problem vorliegt und keine Einigkeit darüber besteht, mit welchen Maßnahmen und Mitteln das Ziel einer Problemlösung erreicht werden soll. Im konkreten Fall geht es um die strittige Frage, ob die in der UN-Resolution 1441 geforderte Entwaffnung des Iraks nur durch Anwendung militärischer Gewalt oder auch durch Inspektionen durchgesetzt werden kann. Eine rationale Entscheidung über eine strittige Frage mit Hilfe von

Argumentation basiert seit jeher auf der Anwendung bestimmter logischer Schlussmuster, die in relativ präziser Form schon in der Antike von Aristoteles als sogenannte Topoi beschrieben wurden. Dabei spielen insbesondere 5 Schlussmuster eine zentrale Rolle und sie kommen auch in den Diskussionen über den Irak-Krieg immer wieder vor. Und zwar handelt es sich um die Schlussmuster

- des (zweiseitigen) Konsequenztopos
- der Analogie
- der induktiven Erfahrung
- der Autorität
- der moralischen Argumentation.

Eine Entscheidung über strittige Fragen mit Hilfe dieser Schlussmuster kann verschiedene Defizite aufweisen. Möglicherweise sind einige der für einen Schluss verwendeten Prämissen sachlich falsch oder bestimmte relevante Prämissen bleiben unberücksichtigt oder aber die Anwendung des Schlussmusters ist inkorrekt. Außerdem kann man beobachten, dass Argumentationen zur Klärung strittiger Fragen durch kommunikative Aktivitäten der Emotionalisierung und verbalen Konfliktaustragung überlagert werden und dass dann politische Positionen als gerechtfertigt erscheinen, die sachlogisch nicht ausreichend begründet sind. Die verschiedenen Defizite betreffen die genannten 5 Schlussmuster in sehr unterschiedlicher Weise und deshalb sollen vorerst nur zwei zentrale Probleme politischer Diskussionen angesprochen werden.

Erstens verfolgen politische Akteure, die zur Lösung eines Problems eine bestimmte Maßnahme vorschlagen, neben dem Ziel der betreffenden Problemlösung möglicherweise noch andere Absichten, die von politischen Kontrahenten ggf. nicht gebilligt werden. Im Irak-Konflikt betrifft dies z. B. den Umstand, dass auch Interessen an den Ölvorkommen des Irak eine Rolle spielen. Allerdings ist es oft schwierig, entsprechende Handlungsmotive eindeutig nachzuweisen, weil man hierzu von Verhaltensweisen abduktiv auf Intentionen rückschließen muss, was nur unter bestimmten Bedingungen logisch korrekt ist. Aber selbst wenn derartige Nebenziele unzweifelhaft erkennbar sind, ergibt sich nicht zwangsläufig die Unangemessenheit der jeweils vorgeschlagenen Maßnahme. Vielmehr muss in einem solchen Fall geprüft werden, ob sich das gemeinsame Ziel einer Lösung des ursprünglichen Problems auch auf andere Weise erreichen lässt, ob negativenfalls die illegitimen Nebenziele durch zusätzliche Maßnahmen zu verhindern sind oder ob man die Nebenziele in Kauf nehmen muss.

Zweitens ist es wichtig sich klarzumachen, welche Rolle Vorwürfe in politischen Diskussionen eigentlich spielen. Im Allgemeinen kann man nicht erwarten, dass Vorwürfe an politische Kontrahenten diese zur Aufgabe ihrer Position in einer strittigen Frage veranlassen. Deshalb müssen sie noch eine andere Funktion haben. Politische Kommunikation ist häufig mehrfach adressiert und Vorwürfe an die Vertreter der gegnerischen Position können einerseits eine Meinungsstabilisierung bei den Anhängern der eigenen Position bewirken und andererseits die in der strittigen Frage noch Unentschiedenen auf die eigene Seite ziehen. Wie ist dieser positionsdynamische Effekt zu erklären? Durch Vorwürfe an politische Kontrahenten wird mehr oder weniger deren Autorität hinsichtlich Sachkompetenz oder Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen und auf diese Weise können auch deren Position und Argumentation als fragwürdig erscheinen. Ein derartiger positionsdynamischer Überlagerungseffekt ist nach dem aus der Sozialpsychologie bekannten Prinzip einer Vermeidung kognitiver Dissonanzen sogar für beliebige negative Bewertungen von Kontrahenten zu unterstellen.

Beide eben angesprochene Probleme machen bereits einen wesentlichen Anteil der Unangemessenheit politischer Diskussionen über den Irak-Krieg aus und bilden für sich genommen einen hinreichenden Anlass, die gegenwärtige kommunikative Praxis der politischen Auseinandersetzung mit dem Irak-Konflikt zu kritisieren. Trotzdem ist natürlich eine darüber hinausgehende vollständige Klärung der Frage erforderlich, wo im Einzelnen Defizite bei der politischen Diskussion über den Irak-Krieg liegen.

3. Rhetorische Strategien anlässlich des Golfkriegs 1991

Verfolgt man als nichtprofessioneller Beobachter eine politische Diskussion, dann hat man häufig den Eindruck, die verschiedenen Diskussionsbeiträge seien ziemlich spontan geäußert und würden relativ viele neue Informationen bringen. Bei einem systematischen Vergleich verschiedener politischer Diskussionen zu ähnlichen Themen wird aber schnell deutlich, dass politische Kommunikation oftmals inszeniert und mit sehr stereotypen Aussagen und sprachlichen Formulierungen vorgetragen wird. Speziell ergab eine exemplarische Untersuchung von Äußerungen zum Golfkrieg 1991, dass Kommunikationsteilnehmer in starkem Maße dazu neigen, auf rekurrente Argumentations- und Emotionalisierungsstrategien zurückzugreifen. Dies erklärt auch, warum die gegenwärtige Diskussion über den Irak-Krieg viele Ähnlichkeiten mit der damaligen Auseinandersetzung aufweist.

Zur Begründung von Handlungen wird universell in allen Lebensbereichen das Schlussmuster des Konsequenztopos eingesetzt. Eine logisch korrekte Anwendung dieses Schlussmusters zur Entscheidung zwischen zwei alternativen Maßnahmen liegt dann vor, wenn die positiven und negativen Konsequenzen beider Maßnahmen miteinander verglichen und systematisch gegeneinander abgewogen werden. Dementsprechend ist es inkorrekt, wenn die Befürworter eines Kriegs seine negativen Konsequenzen bei ihrer Argumentation unterschlagen oder verharmlosen bzw. wenn umgekehrt Kriegsgegner nur negative Konsequenzen nennen und ggf. dramatisieren, um Angstgefühle zu erzeugen. Genau solche Strategien wurden aber bereits im Golfkrieg 1991 systematisch angewendet. Beispielsweise konnte man in einem Flugblatt der GRÜNEN die stark emotionalisierende Äußerung finden: *Es ist zu befürchten, dass der Krieg eine ganze Region und ihre Menschen vergiftet, verstrahlt, verkrüppelt, ermordet*. Umgekehrt wurden Tote bei Luftangriffen von der Militärführung der Amerikaner schon damals als *modest collateral damage* („geringfügige Kollateralschäden“) bezeichnet. Genauso illegitim war es natürlich, dass Kriegsbefürworter die (angeblichen) negativen Konsequenzen einer diplomatischen Lösung dramatisierten und z.B. die Behauptung aufstellten, ohne einen militärischen Eingriff werde der Irak in Kürze über atomare Waffen verfügen.

Schon im Vorfeld einer Diskussion über alternative Maßnahmen wird mit Hilfe des Konsequenztopos für die Bedrohlichkeit des konstatierten Problems und die Dringlichkeit einer Lösung argumentiert. Auch bei solchen Argumentationen findet man häufig illegitime Verfälschungen und Überzeichnungen. So nannte der damalige amerikanische Präsident George Bush den irakischen Präsidenten Saddam Hussein einen *Teufel*, um dessen Börsartigkeit und Gefährlichkeit zu verabsolutieren. Unvergessen bleibt auch die von einem amerikanischen Werbeunternehmen in die Welt gesetzte Propagandalüge, kuwaitische Babys seien von irakischen Soldaten aus ihren Brutkästen gerissen und so ermordet worden.

Bei der Anwendung von Analogieschlüssen zur Begründung von Maßnahmen muss immer hinterfragt werden, ob die verglichenen Situationen für eine Übertragbarkeit von Schlussfolgerungen hinreichend ähnlich sind. Während des Golfkriegs 1991 wurde Saddam Hussein immer wieder mit Hitler verglichen und das Scheitern der Appeasement-Politik von Chamberlain zur Rechtfertigung des Kriegs gegen den Irak herangezogen. Dieser Analogieschluss ist in verschiedener Hinsicht problematisch und zwar insbesondere deshalb, weil die damals als Alternative zum Krieg vorgeschlagene Politik von Wirtschaftssanktionen nicht mit einer Appeasement-Politik gleichzusetzen ist.

Für politische Maßnahmen wird häufig mit fragwürdigen oder eindeutig inkorrekten induktiven Generalisierungen argumentiert. Wieder mit Bezug auf den 2. Weltkrieg machten Befürworter des Golfkriegs 1991 historische Erfahrungen für ihre Position geltend; z.B. wandte der damaligen israelische Präsident Herzog gegen die Vertreter einer diplomatischen Lösung ein: *Gerade die Europäer sollten doch inzwischen gelernt haben, was Untätigkeit gegenüber solchen Gefahren, wie sie das Regime Saddam Husseins für den Nahen Osten und die Welt langfristig darstellen, bedeutet.* Umgekehrt beriefen sich Kriegsgegner auf negative historische Erfahrungen mit Kriegen; z.B. konnte man in einer Zeitungsanzeige der IG Metall lesen: *Der Krieg gegen den Irak löst kein einziges Problem.*

Die Begründung einer Position mit einem Autoritätsschluss bedeutet, dass man sich auf eine gleichlautende Auffassung einer Autorität beruft oder den Vertretern der gegnerischen Position die Eigenschaft, eine Autorität darzustellen, abspricht. Schon Aristoteles unterschied drei verschiedene Arten der Autorität, nämlich eine quantitative, eine qualitative und eine moralische Variante. Autoritätsschlüsse sind generell logisch problematisch; insbesondere ist aber leicht einsehbar, dass es logisch äußerst riskant ist, sich für die Einschätzung der Geltung einer Aussage auf die quantitative Autorität einer Mehrheitsmeinung zu berufen. Gleichwohl wird auch diese Art von Autoritätsschlüssen in politischen Diskussionen häufig praktiziert. So machten in Deutschland Befürworter des Golfkriegs 1991 eine durch Umfragen gestützte Mehrheitsmeinung für ihre Position geltend und wiesen Kriegsgegnern eine irrelevante Minderheitenposition zu.

Natürlich spielten in den Diskussionen über den Golfkrieg 1991 neben legitimen (z.B. auf das Völkerrecht verweisenden) auch fragwürdige moralische Schlüsse eine wichtige Rolle. Beispielsweise argumentierte der Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Vertreter einer pazifistischen Position handelten unmoralisch, weil sie die Eroberung Kuwaits und die Raketenangriffe auf Israel nicht zur Kenntnis nahmen. Umgekehrt liegt dem schon damals von Kriegsgegnern verwendeten Slogan *Kein Blut für Öl* ein unzulässiger moralischer Schluss zugrunde, weil in ihm als ausschließliches Kriegsziel die Durchsetzung amerikanischer Ölinteressen unterstellt wird.

Wie sich denken lässt, kann man in den Diskussionen über den Golfkrieg 1991 auch ein reichhaltiges Repertoire an Emotionalisierungs- und Konfliktstrategien in Gestalt von Beschimpfungen, Vorwürfen und Drohungen entdecken. Da wurden Demonstranten gegen den Krieg als *hirnlose Minderheit* gescholten und Stimmen in Israel sprachen von *hässliche Deutsche* und *Huren*. Ein immer wiederkehrender Vorwurf gegen Friedensdemonstranten richtete sich gegen deren angebliche Inkonsequenz: *Wer von denen, die jetzt auf die Straße gehen, hat gegen den irakischen Einmarsch in Kuwait demonstriert? Wer hat sich gegen den Einsatz von Giftgas im irakisch-iranischen Konflikt erhoben?* Einseitigkeit und Unmoral beklagte der damalige CSU-Generalsekretär Huber: *Ein Teil der Friedensbewegung ist auf einem Auge blind. Wer gegen die USA demonstriert und zu den Verbrechen Saddam Husseins schweigt, verwirkt jeden moralischen Anspruch.* Selbstverständlich wurde auch der Vorwurf des Antiamerikanismus erhoben und Kriegsgegner als ‚nützliche Idioten‘ eingestuft, die den Zielen Saddam Husseins entgegenkämen. Eine besondere Rolle spielte schließlich der Vorwurf der Undankbarkeit gegenüber den Amerikanern z. B. mit der Äusserung: *Haben wir es nicht gerade diesen Alliierten zu verdanken, dass wir schon seit über 40 Jahren in einer freiheitlichen Demokratie leben?*

4. Probleme in Argumentationen der Kriegsbefürworter

Wer in der gegenwärtigen Situation eine faire politische Diskussion über das Für und Wider eines Kriegs gegen den Irak anstrebt, der sollte wegen des genannten positionsdynamischen Effekts auf die Anwendung von verbalen Emotionalisierungs- und Konfliktstrategien verzichten. In diesem Sinne sind zahlreiche Äußerungen von Kriegsbefürwortern zu kritisieren, weil in ihnen inakzeptable Beschimpfungen, Diskreditierungen, Vorwürfe oder sogar Drohungen gegenüber Kriegsgegnern formuliert werden. War schon die viel diskutierte Bemerkung des amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld über das *alte Europa* und die Gleichsetzung von Deutschland mit Kuba und Libyen wenig hilfreich, so dient es erst recht nicht der Verständigung, wenn in der amerikanischen Presse Deutsche und Franzosen der Feigheit (*Achse der Wiesel*) gescholten und der französische Präsident Chirac als *Ratte* verunglimpft werden. Außerdem erweisen sich bei genauerer Betrachtung die meisten der erhobenen Vorwürfe als ungerechtfertigt. Der häufig an Deutschland gerichtete Vorwurf eines Antiamerikanismus beruht auf einem unzulässigen Schluss von dem Verhalten eines Teils auf das der ganzen Bevölkerung. Illegitim ist auch der u.a. vom US-Kongresspolitiker Lantos gegen Belgier, Deutsche und Franzose erhobene Undankbarkeitsvorwurf, weil es keinen logischen Zusammenhang zwischen der Verpflichtung zu Dankbarkeit gegenüber Amerika und dem Recht gibt, andere Auffassungen als die amerikanische Regierung zu vertreten. Den schon bekannten Inkonsequenzvorwurf gegen Friedensdemonstranten formulierten diesmal der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, und die Journalistin Lea Rosh. Letztere monierte in stereotyper Formulierung: *Wo bleiben die Proteste gegen die Ermordung der Kurden,*

gegen die Ermordung der Schiiten? Darf man aber aus der Tatsache, dass Demonstranten gegen einen Sachverhalt demonstrieren und gegen einen zweiten nicht, darauf schließen, dass sie mit dem zweiten Sachverhalt einverstanden sind? Und soll man immer gleichzeitig gegen jedes Unrecht auf der Welt demonstrieren?

Ein relevanter sachlogischer Zusammenhang zum Kriegsthema besteht allerdings bei einem Vorwurf, der u.a. von der CDU-Vorsitzenden Merkel formuliert wurde: Der deutsche Bundeskanzler habe durch seine frühzeitige Festlegung auf ein Nein zum Krieg den Druck auf den Irak gemindert; dadurch –so folgerte Merkel– sei ein Krieg sogar wahrscheinlicher geworden. Die Behauptung einer Druckverminderung könnte allenfalls dann korrekt sein, wenn sich die US-Regierung in ihrer Haltung zum Krieg durch die Position der deutschen Regierung beeinflussen ließe; eigentlich müsste aber jeder gemerkt haben, dass die amerikanische Regierung ihre Kriegsdrohung ggf. auch unabhängig von einem Konsens mit Deutschland wahrzumachen gedenkt.

Wenn man nun die Argumentationen im engeren Sinne betrachtet, mit denen Kriegsbefürworter und insbesondere der amerikanische Präsident und seine Regierung ihre Position begründen, dann fällt zunächst auf, dass sie eine ganz andere, viel negativere Situationseinschätzung hinsichtlich der realen Bedrohung durch den Irak postulieren als die Kriegsgegner. Dies betrifft insbesondere drei Fragen:

- Welche Voraussetzungen besitzt der Irak zur Herstellung und zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen?
- Wie groß ist das Risiko, dass Saddam Hussein von Massenvernichtungswaffen Gebrauch macht?
- Wie groß ist das Risiko einer Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an Terroristen?

Einerseits muss man den Kriegsbefürwortern zugestehen, dass sie verschiedene berechtigte Argumente für ihre Situationseinschätzung anführen; andererseits basiert diese Einschätzung auch auf problematischen Annahmen z.B. über die Unberechenbarkeit von Saddam Hussein, über das ihm zugeschriebene Motiv, den Mittleren Osten erobern zu wollen, oder über die Beziehungen zwischen dem Irak und Al-Qaida. Aus den unterschiedlichen Situationseinschätzungen resultieren aber auch unterschiedliche Schlussfolgerungen hinsichtlich der Frage, wie schnell eine Entwaffnung des Irak erreicht werden muss. Die Zweckmäßigkeit einer möglichst schnellen Entwaffnung zu folgern, ist korrekt. Hieraus lässt sich aber nicht die von der US-Regierung konstruierte Problemlösungsalternative ableiten: Entweder müsse der Irak sofort und uneingeschränkt mit den UN-Inspektoren zwecks seiner Entwaffnung kooperieren oder ein Krieg gegen den Irak sei unvermeidlich. In seiner Rede am 5.2.2003 vor dem UN-Sicherheitsrat argumentierte der US-Außenminister Powell, der erste Fall sei (bisher) nicht gegeben und suggerierte so die Geltung des zweiten Falls. Um aber eine Zustimmung der UN zu einem Krieg zu erreichen, konstruierte die US-Regierung nach gleichem Muster eine weitere illegitime Alternative: Entweder müsste die UN ihre Resolutionen gegen die Verstöße des irakischen Regimes mit militärischer Macht durchsetzen oder der UN-Sicherheitsrat verliere seine Bedeutung. Gleichzeitig wurde angedroht, notfalls werde Amerika ohne UN-Mandat einen Krieg gegen den Irak beginnen.

Um auch einen Krieg im Alleingang zu rechtfertigen, macht die US-Regierung von der ganzen, schon mehrfach angesprochenen Palette inkorrekt argumentationsstrategischer Gebrauch. Bei Begründungen mit dem Konsequenztopos werden nur positive Konsequenzen wie die Entmachtung Saddam Husseins genannt, negative Kriegsfolgen wie Hunger und Tod bei der Zivilbevölkerung, Flüchtlingseleid, Kriegskosten etc. aber verschwiegen. Insbesondere fehlt auch eine Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kriegsgegner hinsichtlich der Auswirkungen auf den Terrorismus und die Allianz gegen ihn, auf den Israel-Palästina-Konflikt sowie auf die Aufwertung von Krieg als Mittel der Politik. Weiterhin argumentiert der amerikanische Präsident George W. Bush in seiner Rede am 28.01.2003 mit der fragwürdigen induktiven Generalisierung, es sei Amerikas historisch gewachsene Pflicht, grausame Diktatoren zu bekämpfen; und jetzt liege mit dem Irak ein analoger Fall vor. Neu gegenüber dem Golfkrieg 1991 ist allerdings, dass sich Bush jn. auf die Autorität von Gott beruft: Gott habe die Amerikaner aufgerufen, ihr Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen.

Was schließlich den Bereich moralischer Argumentationen angeht, so wird zum einen beispielsweise Frankreich unterstellt, nur aufgrund wirtschaftlicher Interessen eine Anti-Kriegs-Position einzunehmen, das amerikanische Ziel, von den Ölreserven im Irak zu profitieren, bleibt jedoch unerwähnt. Zum anderen versucht die Bush-Regierung, den anvisierten Krieg durch Nennung positiver Ziele wie der Befreiung des Iraks von der Diktatur moralisch zu rechtfertigen. Dabei verschweigt sie aber –dies gilt jedenfalls für die beiden schon zitierten zentralen Reden von Bush und Powell– die Völkerrechtswidrigkeit von Präventivkriegen. Um diesen Mangel zu verschleiern, wird eine schon von Aristoteles beschriebene Strategie der Umdefinition angewendet: Als Kriegsziel gibt Bush nämlich die Verteidigung des Friedens an und dabei definiert er, eine Lebenszukunft unter einer ständigen schrecklichen Bedrohung könne man keinen Frieden nennen. Zugleich stellt Bush einen solchen Verteidigungskrieg als Amerika aufgezwungen dar und damit behauptet er indirekt, es gebe keinen Handlungsspielraum für andere Problemlösungen und Schuld an dem Krieg habe allein Saddam Hussein.

5. Machen die Kriegsgegner dieselben Fehler?

Nachfolgend soll mit einigen Beispielen belegt werden, dass auch Kriegsgegner illegitime rhetorische Strategien verwenden. Das ist umso bedauerlicher, als sie insgesamt gesehen gegenwärtig die besseren Argumente auf ihrer Seite haben. Dies gilt insbesondere für die Argumente der Völkerrechtswidrigkeit eines Kriegs und seiner Unverhältnismäßigkeit als Mittel einer Problemlösung. Allerdings ist genau genommen nur eine Ja-Aber-Position vertretbar, die eine friedliche Lösung für den Fall vorsieht, dass Saddam Hussein den Forderungen der UN-Resolution 1441 ausreichend nachkommt.

Ohne wechselseitige Vorwürfe ist eine Sitzung im deutschen Bundestag derzeit nicht denkbar. So formulierte der Bundeskanzler Schröder am 13.02.2003 an die Adresse der Opposition den innenpolitisch motivierten Vorwurf: *Gewiss, es gibt auch in unserem Land eine Koalition der Willigen für einen Krieg. Die CDU/CSU gehört dazu. Ihnen setzen wir mit der Mehrheit in unserem Volk, den Mut zum Frieden entgegen.* Auch der französische Präsident Chirac

versteht es auszuteilen: Mit einem illegitimen moralischen Autoritätsargument maßregelte er beim EU-Sondergipfel am 18.02.2003 einige Beitrittsländer, die eine pro-amerikanische Erklärung unterzeichnet hatten, als *wenig gut erzogen*; sie hätten *eine gute Gelegenheit verpasst, zu schweigen*. Eigentlich sollte man glauben, dass in Europa die Zeiten vorbei sind, in denen es nach dem moralischen Autoritätstopos als unziemlich galt, bestimmten sozial höherrangigen Personen zu widersprechen. Schwere Vorwürfe gegen die Kriegsbefürworter findet man sogar in der Neujahrsansprache des Papstes; sie sind allerdings indirekt formuliert und müssen inferiert werden wie z.B. in der Äußerung: *Das Völkerrecht, der aufrichtige Dialog, die Solidarität zwischen den Staaten und die ehrenvolle Ausübung der Diplomatie sind jene Mittel zur Lösung von Streitigkeiten, die des Menschen und der Nationen würdig sind*. Dies bedeutet mit anderen Worten, dass ein Krieg nicht zu den ‚würdigen‘ politischen Mitteln gehört und dass sich diejenigen, die sich dieses Mittels bedienen, menschenunwürdig verhalten.

Inkorrekte Anwendungen des Konsequenztopos beziehen sich bei Kriegsgegnern beispielsweise darauf, dass die Risiken und Umsetzungsschwierigkeiten einer Problemlösung mit Inspektionen nicht thematisiert und dass die negativen Kriegsfolgen dramatisiert werden. So bezeichnete der bekannte Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter den drohenden Krieg als *einseitige Massenhinrichtung* und der Papst sah in seiner Ansprache die Zukunft der Menschheit bedroht. Ein Spezifikum der Argumentation von Kriegsgegnern ist die häufige Verwendung undifferenzierter induktiver Generalisierungen über den Krieg. Da findet man Äußerungen wie *Krieg löst keine Probleme, er schafft neue* oder *Krieg ist immer ein Verbrechen* und in der Ansprache des Papstes heißt es: *„Nein zum Krieg“! Er ist nie ein unabwendbares Schicksal, er ist immer eine Niederlage der Menschheit*. Wenn sich der Papst zu einer strittigen Frage so eindeutig äußert, dann entsteht dadurch das Problem, dass seine Äußerungen ggf. zu einer missbräuchlichen Verwendung des Autoritätstopos genutzt werden. So konfrontierte die italienische Illustrierte *Famiglia Cristiana* ihre Leser mit der Alternativfrage *Bist du auf der Seite des Papstes oder auf der von Bush?* Diese Frage lässt für Katholiken eigentlich nur eine Antwort zu und erzwingt damit eine Übernahme der Antikriegsposition.

Schließlich ist es nicht verwunderlich, dass in den Äußerungen von Kriegsgegnern auch illegitime moralische Argumentationen und einseitige Motivunterstellungen wie der aus dem Golfkrieg 1991 stammende Slogan *Kein Blut für Öl* vorkommen; die Beispielsliste soll aber an dieser Stelle abgeschlossen werden.

6. Fazit

Angesichts des in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Befunds muss man sich fragen, warum in politischen Diskussionen wie über den Irak-Konflikt in so starkem Maße von problematischen rhetorischen Strategien Gebrauch gemacht wird. Vermutlich hängt dieser Sachverhalt damit zusammen, dass in der westlichen Kultur das Verfahren einer antagonistischen Argumentation dominiert. Dieses Verfahren ist zwar für das Ziel einer Problematisierung von Positionen effizient, reicht aber nicht aus, wenn es um eine logisch korrekte rationale Entscheidung zwischen alternativen Auffassungen geht. Beispielsweise lässt sich die Legitimität einer Maßnahme zwar zu Recht durch Nennung einer zugehörigen negativen Konsequenz anzweifeln, für eine rational begründete Zurückweisung der Maßnahme müssen aber alle erkennbaren relevanten Konsequenzen berücksichtigt und in einen Abwägungsprozess eingebracht werden.

Die negative Einschätzung antagonistischer Argumentationen relativiert sich allerdings, wenn man sich klar macht, dass sie günstigenfalls notwendige Teile eines kollektiven Argumentationsprozesses sind, die aufeinander bezogen werden müssen und sich wechselseitig ergänzen können. Angewendet auf den Irak-Konflikt bedeutet dies, dass man im gesamtgesellschaftlichen Argumentationsprozess sowohl die Kriegs- wie die Antikriegsposition und starke gesellschaftliche Kräfte hinter ihnen braucht, um eine Entwaffnung des Irak zu erreichen. Einerseits muss Saddam Hussein wissen, dass sich die Kriegsbefürworter durchsetzen werden, wenn er die Anforderungen der UN-Resolution 1441 zu umgehen versucht. Andererseits muss er darauf bauen können, dass die Kriegsgegner eine friedliche Lösung des Konflikt durchsetzen, wenn er den Forderungen der Resolution nachkommt. Das Risiko des ganzen Verfahrens liegt in der Unsicherheit, ob Saddam Hussein so rational handelt, wie manche Experten erwarten, und ob umgekehrt die US-Regierung auf den schon in vieler Hinsicht vorbereiteten Krieg verzichten wird, falls Saddam Hussein nachgibt. Nur wenn beide Bedingungen erfüllt sind, lässt sich die wünschenswerte friedliche Konfliktlösung erreichen.

Unabhängig davon, welche Richtung der Irak-Konflikt nehmen wird, sollte anhand unserer Analyse deutlich geworden sein, dass von politischen Akteuren in stärkerem Maße als bisher ein Verzicht auf illegitime rhetorische Strategien und eine auf kooperativen Erkenntnisgewinn angelegte Argumentation verlangt werden müssen. Zugleich sind Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu artikulieren, um Einseitigkeiten im herrschenden Diskurs zu kompensieren; denn Grundprinzipien wie die Freiheit der Meinungsäußerung können am besten dadurch verteidigt werden, dass man sie nutzt.

zurück

(<http://www.wedit.uni-bielefeld.de/lili/personen/kindt/texte.html>)